

22,25; Sto.
nkf. 9.30
sen 20-22;
ckerbohen
4,70; Erd-
ckenknigel
s. ab Ham-
tosten 13,20

Wochen-
lt: Heibel-
t) 15, Kir-

140-380,
gen a. D.:
180 M. —
Zungves
e und Bo-
dchen 300
Waldsee:
0, Kalbein

nicht an der
ene noch die
Schriftta

Calw

nt

er Stück 2 3
n, Plisse
von
Spigen
erzog
athgeber

er
ieback

len für Kinder
Stärkungsb-
als Spezialität
Bäckerei
lebenraih
rigger Lieferant
Krankenhäuser

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtstand
für beide Teile ist Calw



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:
In der Stadt 35 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 35 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 3 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantw. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei

Nr. 179

Freitag, den 4. August 1933

Jahrgang 106

Empfänge beim Reichskanzler in Berchtesgaden

Auch die Tage der Erholung des Führers sind mit Arbeit ausgefüllt

II. Berchtesgaden, 4. Aug. Reichskanzler Adolf Hitler, der zu vorübergehendem Aufenthalt auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden eingetroffen ist, hatte am Mittwoch eine Besprechung mit dem Staatssekretär der Reichskanzlei, Dr. Lammer, und Staatssekretär Dr. Funk vom Reichspropagandaministerium. Ferner empfing der Kanzler am Mittwoch den amerikanischen Industriellen Mr. Behn und den Vizepräsidenten der City Company of New York Mr. Henry Mann.

Am Donnerstag mittag hatte der Reichskanzler im Beisein des Staatssekretärs Dr. Lammer eine Besprechung mit dem südafrikanischen Minister für Eisenbahnen und Landesverteidigung, Pirow, und dem Generalconsul Bremer. An dieser Besprechung nahm auch der Vertreter der bremischen Regierung bei der Reichsregierung, Burandt, teil.

Am Spätnachmittag fand eine Besprechung des Reichskanzlers mit dem Leiter der politischen Organisation der NSDAP, Dr. Ley, und dem Reichsjugendführer Baldur von Schirach über den Reichsparteitag von Nürnberg. Dr. Ley legte die vom Führer entworfenen Pläne über die im Ausbau begriffenen Anlagen und Aufmarschräume in Nürnberg vor. Die Aufmarscharena im Luisenpark wird danach mit ihrem Fassungsvermögen von rund 400 000 Menschen zur größten Arena der Welt gestaltet. Ferner wurde das Programm des Reichsparteitages besprochen, das eine reibungslose Durchführung der gewaltigen Veranstaltung garantiert.

Abends empfing der Reichskanzler den Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums, Gottfried Feder, zur Besprechung aktueller Wirtschaftsfragen.

Besondere Verkehrsregelung auf dem Obersalzberg

Wie der „Völkische Beobachter“ aus München meldet, hat der Reichsführer der SS und politische Polizeikommandeur Wagner eine Bekanntmachung erlassen, nach der das Befahren der Straßen Berchtesgaden-Obersalzberg und Berchtesgaden-An-Obersalzberg nur besonders zugelassenen Fahrzeugen gestattet ist. Allen anderen Fahrzeugen ist das Befahren der beiden Straßen polizeilich verboten. Es wird von der Bevölkerung erwartet, daß sie im Interesse der Erholung des Volkskanzlers sich strikte an diese Vorschriften hält und so jeder dazu beiträgt, dem Volkskanzler den Auf-

enthalt in Obersalzberg so angenehm als möglich zu gestalten. Es ist notwendig, daß jeder unnötige Lärm vor dem Haus wie Sprechhörn oder Zirkus unter allen Umständen unterbleiben. Als gegen den guten Ton verstößend muß es bezeichnet werden, wenn ständig jede Bewegung des Volkskanzlers mit dem Feldstecher beobachtet wird.

Polizeirazzien in Nürnberg

II. Nürnberg, 4. Aug. Wegen der gesteigerten staatsfeindlichen Flugblattpropaganda der letzten Tage wurden am Donnerstag in den frühen Morgen- und Vormittagsstunden drei großangelegte polizeiliche Razzien unter Beteiligung von Landespolizei und mit starkem Aufgebot von SA und SS vorgenommen. Die Razzien erstreckten sich auf gewisse Viertel im Nordosten und Südwesten der Stadt, wo die Hauptherde und Ausgangspunkte der Flugblatthege erkannt worden waren. In den abgesperrten Vierteln wurden gründliche Durchsuchungen vorgenommen, welche neben zahlreichem marxistischem Druckschriftenmaterial viele Waffen, darunter etwa 50 Seitengewehre, 20 Pistolen und Revolver, 6 Infanteriegewehre, ein leichtes Maschinengewehr und mehrere Schlagwaffen zutage förderten. Insgesamt wurden 55 Personen teils wegen Verdachts staatsfeindlicher Betätigung, teils wegen verbotenen Waffenbesitzes, teils wegen ungebührlichen Benehmens festgenommen.

Das Ergebnis der Justizminister-Konferenz

Die Ansprache über den Entwurf eines Gesetzes zur Gewährleistung des Rechtsfriedens

II. Berlin, 4. Aug. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Ansprache über den von der preuß. Regierung der Reichsregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Gewährleistung des Rechtsfriedens, die am Mittwoch im Reichsjustizministerium stattfand, führte zu allgemeinem Einverständnis über das Ziel und den Grundgedanken des preußischen Entwurfs. Auf Grund der in der Beratung gegebenen vielfachen Anregungen wird die Fassung in gemeinsamer Arbeit der zuständigen Ministerien des Reiches und Preußens einer Nachprüfung unterzogen.

Das Reich fördert die Motorisierung

Der Reichsrat beschließt Gebührensenkung für Kraftfahrzeuge — Eine Verbilligung des Brennstoffs soll folgen

II. Berlin, 4. Aug. Der Reichsrat erledigte am Donnerstag in einer Vollversammlung eine Reihe von Vorlagen. Als wichtigste, die neue Gebührenordnung für behördliche Maßnahmen im Kraftfahrzeugverkehr, die am 20. August d. J. in Kraft tritt. In der der Vorlage beigegebenen Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung, um die Motorisierung Deutschlands zu fördern, auf den verschiedensten Gebieten der Kraftverkehrswirtschaft Maßnahmen durchführt. So sind hinsichtlich der Kraftfahrzeugsteuer bereits die allgemein bekannten Erleichterungen geschaffen worden, desgleichen werden die Prämien für die Haftpflicht- und Kasko-Versicherung herabgesetzt. Wegen Senkung der Sachverständigengebühren bei Prüfung der Kraftfahrzeuge und Kraftfahrzeugführer schweben Verhandlungen. Die Senkung der Brennstoffpreise wird ebenfalls im Rahmen der Verbilligung betrieben. Auch die Herabsetzung der Gebühren für behördliche Maßnahmen im Kraftfahrzeugverkehr sind unerlässlich. Sie wird um so eher vertreten werden können, als mit der Vermehrung der Kraftfahrzeuge eine bessere Ausnutzung der Arbeitskräfte bei den Zulassungsbehörden verbunden ist, und sich der tatsächliche Aufwand für die einzelnen Amtsgeschäfte dadurch verringert. Die Herabsetzung der Gebühren entspricht auch einer besonderen Forderung des Arbeitsausschusses des Beirates für das Kraftfahrwesen beim Reichsverkehrsministerium.

Im Einzelnen bringt die neue Gebührenordnung recht beträchtliche Herabsetzungen der bisherigen Sätze: Der Führerschein kostet künftig für Krafträder 2 RM., in allen anderen Fällen 3 RM. Für die Prüfung eines Antrages auf Erteilung eines Führerscheins werden 50 Rpf. für Krafträder und 1 RM. für Kraftwagen erhoben. Die gleichen Gebühren gelten für die Ergänzung eines Führerscheins. Die Erteilung einer Typenbescheinigung kostet künftig für Krafträder 8 und für Kraftwagen 16 RM. Für die Aenderung einer Typenbescheinigung werden 2 RM. für Krafträder und 4 RM. für Kraftwagen erhoben. Für die Erteilung einer Bescheinigung, Eintragung des Fahrzeuges in die Liste und Zuteilung des Kennzeichens sind für

Kraftfahrzeuge einschließlich der Kleinkraftfahrzeuge 2 und für Kraftwagen 3 RM. zu zahlen. Die gleichen Gebühren gelten bei Erneuerung der Bescheinigung, bei veränderter Bauart des Fahrzeuges, bei Wechsel des Wohnorts des Eigentümers oder bei Wechsel des Eigentümers.

Die erneute Zulassung nach Abmeldung bis zur Dauer von acht Monaten kostet bei Kraftträdern 1,50 RM., bei Kraftwagen 2,50 RM. Für die Prüfung eines Fahrzeuges hinsichtlich der Beachtung der Vorschriften der Paragraphen 8, 10 und 11 sowie Abstempelung des Kennzeichens durch die Polizeibehörde sind 50 Rpf. bzw. 1 RM. zu zahlen. Die gleichen Sätze gelten für die Prüfung eines Antrages auf Erteilung eines Führerscheins. Die Erteilung eines internationalen Zulassungsscheins kostet bei Kraftträdern 3 RM. und in anderen Fällen 5 RM. Diese Sätze gelten auch für die Erteilung eines internationalen Führerscheins.

Der Vertreter Württembergs hatte bei den Ausschussverhandlungen des Reichsrats angeregt, den Fehlbetrag, der den Ländern infolge der Gebührensenkung entsteht, aus Reichsmitteln zu decken. Der Vertreter des Reichsverkehrsministeriums im Ausschuss hat sich bereit erklärt, nach einer gewissen Frist, wenn feststeht, ob und welche Ausfälle zu verzeichnen sind, mit dem Reichsfinanzministerium wegen der Frage des Ersatzes in Verbindung zu treten.

Der Bau der Reichsautobahnen

Zum ersten Male tagten gestern in der Reichskanzlei die führenden Männer des deutschen Straßenbaues, um über die großen gemeinsamen Probleme ihres Arbeitsgebietes zu beraten. Der Generalinspektor des deutschen Straßenwesens, Dipl.-Ing. Dr. Todt, hatte neben Vertretern des Reichsverkehrsministeriums und des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda etwa 50 leitende Sachleute der Länder und der preußischen Provinzen zusammenberufen.

In einem ausführlichen Referat legte Dr. Todt die Fehler dar, die in den letzten Jahrzehnten im Straßenbau gemacht worden sind und nahm eingehend zu den Fragen

Tages-Spiegel

Der Reichsrat hat die Gebühren für Kraftfahrzeuge sehr erheblich ermäßigt und zugleich die Trichinenschau weiter ausgebaut.

Gesheimrat Wagemann ist von der Leitung des Statistischen Reichsamts zurückgetreten, behält aber die Konjunkturforschung bei.

Die italienischen Jungaschiffen besichtigten gestern die historischen Stätten Potsdams und wurden von der Stadtverwaltung festlich empfangen.

Vier deutsche Torpedoboote trafen von lettischen Kriegsschiffen und Flugzeugen begleitet in Riga ein. Gewaltige Zuschauermassen hatten sich angeammelt. Für die Besuchstage ist ein reichhaltiges Programm geplant.

Der französische Außenminister hat sich mit einer Reihe anderer Regierungen in Verbindung gesetzt, um zu erreichen, daß die von Deutschland aus geleitete nationalsozialistische Propaganda gegen die Wiener Regierung Dolkfuß eingestellt wird.

In Straßburg ist es zu Streikunruhen gekommen. Gegen die Streikenden, die das Straßenpflaster aufrissen und Barrikaden errichteten, wurde berittene Polizei eingesetzt. In Danzig sind bisher rund 15 Millionen Danziger Gulden für Zwecke der Arbeitsbeschaffung bereitgestellt worden. Im polnischen Seehafen Gdingen ist ein Streik der Handelsmarine ausgebrochen. Der Streik hat lohnpolitischen Charakter.

Der irische Ministerpräsident de Valera kündigte im irischen Landtag an, daß eine Auflösung der irischen republikanischen Armee geplant sei.

Der Völkerbundrat erklärte sich mit dem Verzicht auf die Entsendung eines Ausschusses in den Gran-Chaco einverstanden und richtete an Argentinien, Brasilien, Chile und Peru die Aufforderung, an seiner Stelle die Vermittlung zwischen Bolivien und Paraguay zu übernehmen.

der Verwaltung, der Finanzierung und der technischen Ausführung Stellung. Dr. Todt gab weiterhin eine ausführliche Darlegung der volkswirtschaftlichen Bedentung der Reichsautobahnen. — Als besonderen Vorteil des Projektes der Reichsautobahnen bezeichnete Dr. Todt die Beendigung des Konkurrenzkampfes zwischen Schiene und Straße.

Zum Schluß erklärte Dr. Todt, daß der Reichskanzler bei der Verwirklichung des Planes der Reichsautobahnen den Zweck verfolge, nicht Straßen zu bauen, die in 10 Jahren von der Entwicklung überholt sein würden, sondern den schon jetzt unzweifelhaft feststehenden Bedürfnissen zukünftiger Jahrzehnte Rechnung zu tragen. — Die im Anschluß an das Referat des Generalinspektors Dr. Todt eingehende Aussprache, die sich über mehrere Stunden erstreckte, zeigte eindeutig, daß die maßgebenden Sachleute des deutschen Straßenbaus die Wichtigkeit der Straßenbaupläne des Reichskanzlers klar erkannt haben und gewillt sind, an ihrer Verwirklichung mit allen Kräften mitzuarbeiten.

Ueber 250 000 Mann im Freiwilligen Arbeitsdienst

II. Berlin, 4. Aug. 252 357 Arbeitsdienstwillige führten am 30. Juni in Deutschland Schaufel und Hacke. Eingekleidet waren sie in 4717 verschiedenen Maßnahmen, die bis auf einen ganz geringen Prozentsatz von geschlossenen Lagern durchgeführt werden. Der ständig wachsende Einsatz des Arbeitsdienstes auf dem Gebiet der Meliorationen erfordert die größte Zahl von Beschäftigten. Den verkehrserleichternden Arbeitsaufgaben mit ihrem Kleinwegbau und Vorbereitungsarbeiten für die Anlage von Straßen steht die zweitgrößte Zahl von Beschäftigten zur Verfügung. An dritter Stelle folgt das Aufgabengebiet der Forstwirtschaft, dann die Siedlung. Die niedrige Zahl der bei Siedlungsarbeiten angelegten Arbeitsdienstwilligen erklärt sich daraus, daß der größte Teil der dafür in Frage kommenden Arbeiten vorbereitenden Charakter hat und infolgedessen unter Meliorationen und Verkehr erfasst wird.

Devisenschmuggel in den Grenzgebieten unterbunden

II. Trier, 4. Aug. Mit der Anweisung der Devisenbewirtschaftungsstelle an die Banken, im Auslandsreiseverkehr keinen Betrag über 50 Reichsmark auf Reiseregisterchecks anzuhändigen, ist der Devisenschmuggel, der wochenlang in den deutschen Grenzgebieten im Schwung war, endgültig zum Abschluß gebracht worden. Die Trierer Zollabhandlungsstelle hat festgestellt, daß allein aus dem Trierer Bezirk schätzungsweise 600 000 M. nach Luxemburg und in das Saargebiet verschoben worden sind.

Das neue preußische Strafvollzugsrecht

Ein bedeutender Schritt auf dem Wege zur deutschen Rechtsreform

Der preußische Ministerpräsident Goering hat dem ihm vom preußischen Justizminister Kerl vorgelegten Strafvollzugs- und Gnadenrecht seine Zustimmung erteilt; die Vorlage wird wegen ihrer Bedeutung als Gesetz verkündet. Das neue Gesetz umfaßt 74 Paragraphen und zerfällt in zwei Hauptteile: Strafvollstreckung und Gnadenrecht. Die Todesstrafe wird in Zukunft in Preußen durch das Beil vollzogen, soweit nicht in Einzelfällen etwas anderes bestimmt wird, wie Erschießen und Erhängen.

Bei Vollstreckung der Freiheitsstrafen wird mit der bisher geübten Humanitätsduselei gebrochen. Es wird wieder ein fühlbarer Unterschied zwischen Gefängnis und Zuchthaus hergestellt. Bei den Zuchthausgefangenen ist ein Strafvollzug in Stufen künftig ausgeschlossen. Es kann nur in ganz besonderen Ausnahmefällen der Rest einer Zuchthausstrafe in Gefängnis umgewandelt werden. Bei der Gefängnisstrafe wird ein Unterschied gemacht zwischen erstmalig Bestraften und wiederholt Bestraften. Nur solchen Personen, die erstmalig zu einer Gefängnisstrafe verurteilt werden, und die sich tadellos führen, soll ein gewisser Anreiz gegeben werden, daß sie in eine zweite und dritte Stufe kommen, in denen die Form des Strafvollzugs eine andere ist. Für Jugendliche sind besondere erzieherische Maßnahmen vorgesehen, die Zucht und Ordnung fest einprägen sollen.

Vergünstigungen während des Strafvollzugs sollen ganz besondere Ausnahmen sein. Genussmittel sind als Vergünstigungen unzulässig.

Die Zuchthausstrafe soll sich als schwerste Freiheitsstrafe deutlich von der Gefängnisstrafe unterscheiden. Zuchthausgefangene sind von den übrigen Gefangenen sorgfältig zu trennen. Sie tragen besondere Anstaltskleidung und können zu Arbeiten außerhalb der Anstalt verwendet werden, gleichgültig, ob sie wollen oder nicht. Sie sind auch von freien Arbeitern getrennt zu halten. Die Dauer der Arbeitszeit ist länger zu bemessen als die der übrigen Gefangenen. Selbstbeschäftigung ist Zuchthausgefangenen nicht gestattet. Als Hausstrafe ist auch strengster Arrest zulässig.

Durch den Vollzug der Strafe soll den Strafgefangenen nachhaltig zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie ihre Freiheit gegen die Rechtsordnung des Staates durch die als empfindliches Übel ausgestaltete Freiheitsentziehung zu sühnen haben. Durch die Art des Strafvollzugs soll ihnen dies so lebendig gemacht werden, daß sie von neuen Straftaten abgehalten werden.

Die Strafgefangenen sind nach Fähigkeit und Körperkraft zu Arbeiten verpflichtet, die sie zu leisten vermögen. In den Anstaltsbetrieben ist die Handarbeit zu fördern, bei weiblichen Strafgefangenen die Hausarbeit. Bei jugendlichen Strafgefangenen ist besonderer Wert auf Erziehung und Fortbildung zu legen. Dem Schulunterricht kommt besondere Bedeutung zu. Ferner sind Lehrwerkstätten im Betriebe einzurichten.

Die Lebenshaltung der Strafgefangenen muß, wie das Gesetz bestimmt, unter der Lebenshaltung des Erwerbslosen liegen.

Der preußische Justizminister Kerl empfing die Vertreter der Presse, um sie mit dem Inhalt des neuen preußischen Strafvollzugs- und Gnadengesetzes bekannt zu machen. Staatssekretär Dr. Freisler erläuterte die Grundgedanken des neuen Gesetzes. Die Strafvollstreckung

sei Sache der Gesetzgebung des Reiches. Das Reich könne jeden Tag den Strafvollzug einer eigenen gesetzlichen Regelung unterwerfen. Solange das aber nicht geschehe, könnten die Länder selbständig gesetzgeberische Maßnahmen treffen.

Besonders eingehend äußerte sich Dr. Freisler über die Humanitätsduselei der vergangenen Zeit, die dazu geführt habe, daß der Lebensstandard der Strafgefangenen nicht nur über dem der Erwerbslosen, sondern auch über dem eines Arbeiters und Kleinbauern gelegen habe. Das Beschwerderecht sei bis zum Kleinkrieg gegen die Beamten mißbraucht worden. Mit solchen Mitteln könne man nicht erzieherisch wirken. Es gebe nur eine Art der Erziehung, nämlich in den Anstalten der Anstalten den Wunsch lebendig werden zu lassen, nie wieder in ein solches Haus hinein zu müssen. Nach dem neuen Gesetz müsse zwischen der Maßnahme, gegen die eine Beschwerde sich richtet, und der Beschwerde selbst mindestens 24 Stunden liegen, es sei denn, daß der Strafgefangene mit der Beschwerde eine Gefährdung seiner Gesundheit geltend mache. Für einen Gnadenbeweis könne höchstens im späteren Verlaufe des Strafvollzugs ein Anlaß vorliegen, wenn der Gefangene gezeigt habe, daß er ein besserer Mensch geworden sei.

In dem Augenblick, in dem die Strafe verbüßt sei, müsse die Behandlung eine ganz andere werden. Der Staat müsse versuchen, den bisherigen Strafgefangenen die Möglichkeit zu geben, im Leben einen gesetzmäßigen Weg zu gehen. Deshalb müsse der Entlassenenfürsorge besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, und hier werde der Staat die Hilfe privater Verbände gern annehmen.

Das Gesetz sei nicht als eine Einzelmaßnahme zu werten, sondern im Zusammenhang mit den Bemühungen des Justizministers zu verstehen, die Strafrechtspflege in Preußen überhaupt zu ändern. Es gebe außer einer rein gesetzgeberischen Aenderung des Strafgesetzbuches und der übrigen Reichsstrafbestimmungen verwaltungsmäßig noch sehr viele Möglichkeiten. Die Richter müßten wieder begreifen, daß der Regelfall des Gesetzes auch im Urteil als Regelfall zu gelten habe und daß mildernde Umstände als Ausnahme zu betrachten seien. Es sei im Regelfall nicht auf die Mindeststrafe, sondern auf die Mittelstrafe zu erkennen. Damit die Strafrechtspflege ihrem Zweck, den öffentlichen Frieden zu sichern, gerecht werden könne, müsse schlagartig gearbeitet werden. Bei Todesurteilen beispielsweise müßten die Akten nach 48 Stunden bei der Gnadenstelle zur Entscheidung vorliegen. Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht müßten verwaltungsmäßig enger als bisher zusammenarbeiten und sich bei der Geschäftsverteilung aufeinander einspielen.

Die Kosten des Strafvollzugs

Wie Justizminister Kerl mitteilte, betragen die Kosten des Strafvollzugs in Preußen einschließlich der Gehälter der Beamten 36 Millionen RM. Die Einnahmen der Strafvollzugsverwaltung betragen 10 Millionen RM, im Jahr, so daß der Staat einen Zuschuß von 26 Millionen RM zu leisten hat. Die durchschnittliche Belegung der preußischen Strafanstalten im Jahre 1932 betrug 37 982 Gefangene. Die durchschnittlichen Unterhaltskosten pro Gefangenen betragen 1,80 Mark täglich. Insgesamt waren in den preußischen Strafanstalten 6127 Personen tätig, davon 4558 Beamte, im übrigen Angestellte und Lohnempfänger.

für die genannten Arbeiten zur Zeit 300 Millionen Reichsmark zur Verfügung. Um die Aufstellung eines den Befugnissen der einzelnen Gebiete entsprechenden Gesamtplans zu erleichtern, hat die Deffa eine Art Kontingentierung der Mittel vorgenommen. Es handelt sich dabei um keine starren Kontingente. Vielmehr hat sich die Deffa vorbehalten, über die Mittel besonders in den Fällen anderweitig zu verfügen, in denen nicht in angemessener Frist den Bestimmungen entsprechende Anträge gestellt oder mit der Arbeit begonnen wurde.

Deichbau Fehmarn — Festland?

U. Oldenburg in Holstein, 3. Aug. Die an der Arbeitsbeschaffung interessierten Kreise erörtern hier das Projekt einer Deichverbindung zwischen der Insel Fehmarn und dem Festland. Einer Einnahme aus dem Fährbetrieb von 19 000 \mathcal{M} stehen Ausgaben von 190 000 \mathcal{M} jährlich gegenüber. Die Ueberfahrtsgebühren sind infolgedessen beträchtlich hoch und belasten das Wirtschaftsleben der Insel Fehmarn außerordentlich. Für die Unterhaltung des Damms, der 100 000 Tagewerke erfordern würde, sind jährlich 70 000 \mathcal{M} veranschlagt. Besonders von Fehmarnschen Kreisen wird das Projekt besonders stark propagiert.

Die Aufnahmeperrre für SA und SS

Alle Gesuche sind zwecklos

U. Berlin, 3. Aug. Laut NSK. teilt die oberste SA-Führung mit: „Auf Grund der in der Presse veröffentlichten Sperre für die Aufnahme in die SA und SS. häufen sich die Einstellungsgesuche bei den höheren Dienststellen derart, daß der Dienst hierdurch beeinträchtigt wird. Gesuche um Einstellung sind völlig zwecklos und werden in Zukunft nicht mehr beantwortet.“

Zur Erinnerung an den Kreuzer „Emden“

„Emden“ als Zusatz zum Familiennamen

Die Polizeipressstelle Necklinghausen teilt mit: „Um die Erinnerung an die ruhmreichen Kriegstaten des kleinen Kreuzers „Emden“ zu festigen, haben bereits in den Vorjahren zahlreiche Mitglieder der Besatzung dieses Kreuzers von der zuständigen Behörde ihres Heimatlandes die Genehmigung zur Führung des Namens „Emden“ als Zusatz zu ihrem Familiennamen erhalten. Als Endtermin für die

Verleihung war in Preußen zunächst der 1. August 1931 festgesetzt. Seitdem gehen aber noch fortgesetzt Anträge auf Genehmigung dieses Zusatznamens ein. Der preußische Minister des Innern hat sich daher entschlossen, allen begründeten Anträgen dieser Art, die bis zum 31. Dezember 1933 gestellt werden, stattzugeben, um auch noch diejenigen Angehörigen der „Emden“-Besatzung, die sich aus besonderen Gründen früher zur Stellung eines entsprechenden Antrages nicht entschließen konnten, zum letzten Male die Möglichkeit zu geben, den Zusatznamen „Emden“ zu erlangen.

Geißeln gegen Ueberfälle

In Dortmund wurde der SA-Scharführer Kurz von vier Kommunisten überfallen und durch einen Unterarmbruch verletzt. Die Täter konnten in der Dunkelheit unerkannt entkommen. Als Gegenmaßnahme wurden von der Staatspolizeistelle sofort vier Kommunisten, die in der Nähe des Tatortes wohnen, als Geißeln festgenommen. Da sich die Ueberfälle vermehrt haben, steht sich die Staatspolizeistelle gezwungen, in Zukunft auch beim Verteilen heftiger Druckschriften zu den geschilberten Maßnahmen zu greifen und in jedem Fall bekannte frühere Angehörige der KPD, die sich bis jetzt noch nicht in Schutzhaft befinden oder wieder entlassen sind, als Geißeln festzunehmen. Jedem früheren KPD-Angehörigen soll auf diese Weise zum Bewußtsein gebracht werden, daß er zweckmäßigerweise die Verbote bei der Abwehr weiterer kommunistischer Tätigkeit unterstützt oder wenigstens auf seine Genossen dahingehend einwirkt, daß sie ihre Wählarbeit einstellen.

Schwere Zuchthausstrafen

für die Tötung des SA-Mannes Sagasser

Im Prozeß gegen sechs Kommunisten, denen Tötung des SA-Mannes Erich Sagasser am 23. Dezember 1932 in einem Berliner kommunistischen Lokal zur Last gelegt wurde, kam das Schwurgericht beim Landgericht in Berlin zu folgendem Urteil:

Der Hauptangeklagte, der 24jährige Chauffeur Bryden, erhielt wegen Totschlags in Tateinheit mit Raufhandel 15 Jahre Zuchthaus; der 24jährige Dreher Schröder wurde wegen Körperverletzung, Raufhandels, ferner wegen Verleumdung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu acht Jahren neun Monaten Zuchthaus verurteilt. Ferner erhielten der 24jährige Arbeiter Georg Weller wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang 3 Jahre und 6 Monate Zuchthaus, der 24jährige Arbeiter Weisler wegen des gleichen Deliktes und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt 7 Jahre 4 Monate Zuchthaus und der 24jährige Dymann wegen Körperverletzung und Raufhandels 4 Jahre Zuchthaus.

Der Pilot des Reichskanzlers



Flugkapitän Baur, der bekannte und bewährte Flugzeugführer, der schon im Vorjahre Hitlers große Deutschlandflüge durchführte, ist mit dem italienischen Orden „Corona d'Italia“ und dem Rang eines „Cavaliere“ ausgezeichnet worden. Flugkapitän Baur war lange Jahre auf der Luftfließstraße Berlin-Rom eingesetzt und hat in der letzten Zeit den preußischen Ministerpräsidenten Goering sowie andere bedeutende Persönlichkeiten nach Rom geflogen.

Nationaler Ritsch

Prüfung der Geschäfte in Königsberg

Das Königsberger Polizeipräsidium teilt u. a. mit: In den letzten Tagen wurden von der Gaupropagandaleitung der NSDAP. und dem zuständigen Sachbearbeiter des Polizeipräsidiums viele Königsberger Geschäfte darauf geprüft, ob sie Gegenstände des nationalen Ritsches führen. Hierbei wurden viele Sachen festgesetzt, auf denen Symbole des Deutschen Staates und der nationalen Erhebung in einer Form angebracht waren, die das Empfinden von der Würde dieser Symbole verletzte. U. a. wurden festgesetzt: Achenbecher mit Hakenkreuz; Bälle für Kinder mit Hakenkreuz; Bleistifte mit Horst-Wessel-Blau; Briefpapier mit Hakenkreuz-Flagge und eingedrucktem Hakenkreuz; Briefstaschen mit Hoheitsabzeichen der NSDAP.; Zigarettenetui, Silber, mit schwarz-weiß-roter Flagge und Hakenkreuz; Kinderstrümpfe mit einem Hakenkreuzband am oberen Rande; Rissen mit Hoheitsabzeichen der NSDAP.; Sakrifantagen mit Hakenkreuz- bzw. schwarz-weiß-roter Fahne; Manschettenknöpfe (Silber) mit verkleinerter Hakenkreuzfahne; Papierervieten mit Hakenkreuz und schwarz-weiß-roter Fahne; Schof-ladenpackung mit „Heil Hitler“ und Bild des Reichskanzlers; Tabakpfeifen mit marschierenden SS-Männern.

Den Geschäftsinhabern wurde geraten, die beanstandeten Sachen aus dem Fenster zu nehmen und nicht mehr zu verkaufen. Von Beschlagnahmen wurde vorerst noch abgesehen.

Lügenpropaganda gegen Deutschland

U. Berlin, 3. Aug. In der „Hearst-Presse“ wird auf Grund einer Meldung in der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ die Nachricht verbreitet, daß es in Nürnberg und Fürth zu Straßenkämpfen zwischen Reichswehr und SA gekommen sei. 5 Nationalsozialisten seien schwer verwundet worden. Reichswehrstreitkräfte und Polizei hätten gemeinsam die Plünderung jüdischer Privatwohnungen durch die SA verhindert. Der Zustand sei bedrohlich. General Ritter von Epp habe beim Reichspräsidenten telegraphisch um die Genehmigung nachgesucht, den Belagerungszustand über Bayern zu verhängen.

Hierzu wird von zuständigen Stelle mitgeteilt, daß diese Behauptungen in allen Teilen unwahr sind. Wahr ist vielmehr, daß keinerlei Unruhen weder in Nürnberg noch in Fürth vorgekommen sind. Plünderungen jüdischer Wohnungen und Geschäfte haben ebenfalls nicht stattgefunden. Insbesondere ist es unwahr, wenn behauptet wird, daß General von Epp beim Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg um die Genehmigung zur Verhängung des Belagerungszustandes über Bayern nachgesucht habe. Auch ist unwahr, daß Reichswehr und Polizei gegen die SA. eingesetzt worden seien und daß in diesen Straßenkämpfen 5 Nationalsozialisten schwer verwundet liegen geblieben seien.

Deutsche Emigrantenzreise dürften die Urheber dieser naiven Lügenmeldung sein. Bereits seit Tagen wird beobachtet, daß im Ausland dauernd Meldungen von Unruhen und Aufsehungen der SA. in Deutschland verbreitet werden, die lediglich zum Ziele haben, der Welt gegenüber die Tatsache zu verschleiern, daß das gesamte Deutschland geschlossen hinter Adolf Hitler steht und daß vorbildliche Ruhe und Ordnung herrscht.

Die Verteilung der Mittel für Arbeitsbeschaffung

Wie das Bdz-Büro meldet, hat die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeit (Deffa) den obersten Landesbehörden nähere Mitteilungen über die Verteilung der Mittel auf Länder und Provinzen gemacht, die im Rahmen der Arbeitsbeschaffung bisher für Instandsetzungsarbeiten bei öffentlichen Gebäuden, für Versorgungsanlagen und für Tiefbauarbeiten zur Verfügung stehen. Die Deffa ist zuständig für die Verteilung dieser Mittel. Insgesamt stehen

Möbeltransport in die Raabach geführt

Ein aus einer Zugmaschine, einem kleinen offenen Wagen und einem schweren 8 Meter langen Möbelwagen bestehender Möbeltransport fuhr in Schönau (Schlesien) gegen eine Brückenmauer und stürzte 4 Meter tief in die Raabach. Der Fahrer und ein Mitfahrer erlitten Rippenbrüche und Armverletzungen, konnten sich aber noch aus dem Wasser retten. Ein Mitfahrer, der 30-jährige ledige Heinrich Scholz, erlitt einen Genickbruch und war sofort tot. Ein vierter Mitfahrer lag im Fluß eingeklemmt. Es war sehr schwierig, ihn unter dem Gewicht des schweren Wagens freizubekommen.

Im Schneesturm umgekommen

Fünf Touristen aus Villach sind auf einer Bergtour in die Mangartgruppe beim Aufstieg von einem furchtbaren Schneesturm überrascht worden. Die fünf Bergsteiger konnten fünf Stunden lang den furchtbar tobenden Elementen widerstehen, aber dann versagten die Kräfte. Die Pflegerin Franzl Rainer und der Mathematiker Hans Schnabl starben im Schneesturm infolge Erschöpfung, den anderen war es nach hartnäckigen Kämpfen mit Sturm und Schnee möglich, die Mangartütte zu erreichen. Ihre zwei Gefährten sind nun ertrunken auf.

Entgleisung eines internationalen D-Zuges bei Lüttich

Der internationale D-Zug 150, der Köln um 7.48 Uhr früh verläßt und um 12.01 Uhr in Brüssel eintreffen sollte, ist gestern in der Gegend von Landen zwischen Lüttich und Wöben entgleist. Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten wurden vier Wagen aus dem Gleis geworfen. Die Zahl der bei dem Eisenbahnunglück verletzten Personen wird auf 7 geschätzt. 3 von ihnen sind schwer verletzt. Der Materialschaden soll sehr groß sein.

Autokatastrophe in Holland

Bei Amsterdam stürzte nachts ein mit 7 Personen besetzter Kraftwagen in den 5 Meter tiefen nordholländischen Kanal. Sämtliche Insassen fanden den Tod.

Neuer Höhenrekord einer französischen Fliegerin

Die französische Fliegerin Helene Boucher hat einen neuen Höhenrekord aufgestellt. Sie hat am Mittwoch mit einem kleinen Eindecker von 95 PS. in der zweiten Kategorie (weniger als 450 Kg.) den weiblichen Welthöhenrekord, den seit 1931 die amerikanische Fliegerin May Maizlip mit 5516 Meter hielt, auf 6100 Meter erhöht.

Französischer Dampfer auf See in Brand

Nach einer in Marseille eingetroffenen Meldung ist an Bord des französischen Dampfers „Recherche“, der den Dienst zwischen Marseille und Neu-Caledonien versieht und am 23. Juli Tahiti verlassen hatte, Feuer ausgebrochen. Das Schiff hat bei den Marquisen-Inseln vor Anker gehen müssen. Das Feuer brach im Lagerraum aus. Menschenleben sollen nicht zu beklagen sein.

Sturzwelle reißt 2 Pfadfinder in den Tod

Eine Gruppe französischer Pfadfinder, die am Strande von Biarritz ihre Zelte aufgeschlagen hatte, wurde am Mittwoch plötzlich von einer Sturzwelle überrascht. Zwei der jungen Leute verschwanden in den Fluten. Ihre Leichen wurden später an den Strand geworfen.

Bombenexplosion in Vigo

Eine schwere Bombenexplosion richtete großen Schaden im Volkshaus in Vigo an. Die Fenster mehrerer anliegenden Häuser wurden zertrümmert. Man glaubt, daß der Bombenanschlag auf Meinungsverschiedenheiten zwischen den Gewerkschaften zurückzuführen ist. Die Täter konnten bisher nicht gefaßt werden.

Schmuggelergeschäft in der Wüste Sinai

In ganz Ägypten wird der Krieg gegen den Rauschgiftschmuggel mit unverminderter Stärke geführt. Kein Tag vergeht, an dem nicht eine kleinere oder größere Menge irgend eines Rauschgiftes beschlagnahmt wird. Soeben wurde in der Grenzzone der Wüste Sinai eine ganze Kamelkarawane nach schwerem Feuerkampf überwältigt. 40 Schmuggler wurden verhaftet, 15 Kamel und 980 Packungen Haschisch wurden beschlagnahmt. Alles in allem Werte für mehr als 100 000 ägyptische Pfund.

Riesige Ueberschwemmung in Amerika

Der Colorado durchbrach ungefähr 40 Meilen von Denver entfernt infolge ungeheurer Wolkenbrüche in der Nacht den Castlewood-Damm. Eine Wassersäule, 10 Meter hoch und 1,5 Km. breit, raste innerhalb weniger Minuten über zahlreiche Ortschaften hinweg und zerstörte Eisenbahnbrücken, Landstraßen sowie sämtliche Telephon- und Telegraphenleitungen. In Denver selbst wurde die große Boulevard-Brücke über den Cherrycreek sowie zahlreiche Villen fortgeschwemmt. Auch die Ortschaften Franktown, Parker und Sullivan wurden schwer mitgenommen. Der Sachschaden, den die Ueberschwemmungen angerichtet haben, beläuft sich auf eine halbe Million Dollar. Die Hochflut geht jetzt schnell zurück. Bis jetzt sind zwei Todesopfer zu beklagen.

Kurznachrichten aus aller Welt

In Hamburg wurden 108 festangestellte Lehrerinnen entlassen, da sie verheiratet und wirtschaftlich versorgt sind. — Professor Dr. Hermann Muckermann ist von der Leitung der Abteilung für Eugenik am Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik in Berlin-Dahlem zurückgetreten. — Eine 41köpfige Verbrecherbande ist in Köln dingfest gemacht worden. Außer vielen Einbruchdiebstählen werden ihr Anstiftung zum Mord, Eidesverletzung, Anstiftung zum Meineid, Brandstiftungen aller Art und Sachbeschädigungen mit Versicherungsbetrug zur Last gelegt. — Sofort nach Bekanntwerden des Reichsgesetzes für die Glücksspiele in Kur- und Badeorten sind Schritte unternommen worden, daß auch Wiesbaden mit der höchsten Zahl ausländischer Besucher die Glücksspielerlaubnis erhält. — 35 Angehörige der amerikanischen Pfadfinder im Alter von 14-17 Jahren, die sich auf der Durchreise zu einem internationalen Treffen in Budapest befanden, stifteten in München dem Braunen Haus einen Besuch ab. — Die Explosions-

Die Verhütung erbkranken Nachwuchses

Ein Volk soll gefunden

Zu den Tausenden von Lügen, die in den vergangenen Jahren über den Nationalsozialismus verbreitet wurden, gehörte auch diese: Im Dritten Reich wird man alle Kranken, Krüppel und Alten beiseite schaffen. Mit dieser Lüge war erklärlicherweise am meisten in Anstalten und Siechenhäusern gearbeitet worden, und manches Wahlergebnis aus diesen Kreisen stand zweifellos unter dem Eindruck der niederträchtigen Verleumdung.

Vielleicht hatten diejenigen, die das Gerücht verbreiteten, von jenen nationalsozialistischen Plänen läuten hören, die jetzt in Gesetzesform gefaßt und Wirklichkeit geworden sind. Durch unvorsichtige und noch weit mehr böswillige Verbreitung der wahren nationalsozialistischen Ziele auf diesem Gebiet wurde die Lüge von der geplanten Lösung der Krüppel und Kranken aufgebracht.

Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ zeigt nun klar und deutlich, welches die wirklichen Ziele des Nationalsozialismus auf diesem Gebiete sind. Nicht die heute lebenden unschuldigen Opfer unverantwortlicher oder unangeförderter erbkranker Eltern sollen beiseite geschafft werden, sondern der nationalsozialistische Staat will von vornherein das Entstehen körperlich und geistig nicht vollwertigen Lebens verhindern.

Hierbei läßt er sich von zwei Gesichtspunkten leiten. Der erste ist ein ideeller: Die Ausartung des deutschen Volkes. Es genügt nicht, wenn ein Staat in bevölkerungspolitischer Hinsicht sein Augenmerk darauf richtet, daß ein gewisser Geburtenüberschuß erhalten oder erhöht wird. Es kommt vielmehr mindestens ebenso viel auf die körperliche und geistige Beschaffenheit dieses Geburtenüberschusses an. Die Nachkriegsjahre hatten in dieser Hinsicht ein doppelt unbefriedigendes Ergebnis gezeigt. Gerade das Jahr 1931 sah — von den Kriegsjahren abgesehen — den niedrigsten Geburtenüberschuß seit acht Jahrzehnten, seit Bestehen einer diesbezüglichen Statistik. Es sah gleichzeitig einen weiteren Niedergang in der Erbverfassung des deutschen Volkes. Die als erbgutend anzurechnenden Familien, besonders die gebildeten Schichten, bekamen sich größtenteils zum Ein- oder Keinfinderhause. Dagegen pflanzten sich Tausende von Minderwertigen, von erblich Belasteten fort. Schwachsinnige und körperlich Minderwertige wiesen durchschnittlich drei und vier Kinder je Ehe auf. Das deutsche Volk war auf dem besten Wege, eine geistig und körperlich sieche Nation zu werden.

Der zweite Gesichtspunkt, von dem sich der nationalsozialistische Staat bei der Schaffung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ leiten ließ, war ein rein praktischer. Er wollte weder sich noch seine Steuerzahler auch nur einen Augenblick länger als unbedingt notwendig mit den ungeheuren Ausgaben belasten, die durch die Betreuung geistig und körperlich Minderwertiger erforderlich werden. Zahlen können eine erschütternde Sprache sprechen: Den letzten statistischen Ermittlungen in dieser Hinsicht zufolge — sie stammen aus dem Jahre 1926, und die nachfolgenden Jahre haben noch eine Verschlechterung gebracht — betrug die Zahl der Gebrechlichen in Deutschland 714 000, die zum größten Teil aus öffentlichen Mitteln betreut werden mußten. Neuhunderttausend Deutsche hatten für 115 körperlich oder geistig

Gebrechliche zu sorgen. Die seitdem zunehmende Zahl der Pflegebedürftigen wird durch die Tatsache beleuchtet, daß im Jahre 1926 253 000, im Jahre 1929 dagegen schon 306 000 Kranke in den deutschen Heilanstalten und ähnlichen Einrichtungen gepflegt wurden.

In Zukunft müssen dem deutschen Volk die Lasten für die Betreuung eines minder wertvollen Bevölkerungsteils erspart bleiben. Dies geschieht am durchgreifendsten durch die nunmehr gesetzlich vorgeschriebene Sterilisation der Erbkranken. Der geringfügige Eingriff ist ohne jede Gefahr für den einzelnen. Er hebt die Moral des gesamten Volkes nicht nur dadurch, daß es kein minder wertvolles Leben mehr leimen sieht, sondern auch dadurch, daß er der wider natürlichen und deshalb sittlich verwerflichen Abtreibung und Geburtenverhütung Abbruch tut.

Das neue Gesetz hat nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland größte Beachtung gefunden. Es ist ein weiterer Beweis für die Latenz, den Ernst und das Verantwortungsgefühl, mit der die nationalsozialistische Regierung ihre Ziele verwirklicht. In einer Rede auf der ersten Sitzung des neuen Amtes für Bevölkerungs- und Rassenpolitik erklärte Reichsminister Dr. Frick bei Erörterung der Fragen, die jetzt ihre gesetzliche Regelung gefunden haben: „Wir müssen es als eine Verletzung christlicher Grundsätze ansehen, wenn wir trotz der gewonnenen Erkenntnis es weiter zulassen, daß Erbkranken einen Nachwuchs hervorbringen, der unendliches Leid für sie selbst und die Angehörigen in dieser und der kommenden Generation bedeutet.“ Damit ist der von edelsten sozialen Denken erfüllte Geist gekennzeichnet, der die Triebfeder zur Schaffung des neuen Gesetzes war: Es ist besser Unheil und Elend zu verhüten, als es kommen zu lassen und es dann zu lindern zu versuchen.

Die Wiedergutmachung des in der Vergangenheit Versäumten wird natürlich Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Der nationalsozialistische Staat ist nicht gewillt, die heute lebenden unschuldigen Opfer büßen zu lassen. Die Betreuung der bei seinem Machtantritt vorgefundenen geistig und körperlich Minderwertigen ist für den Nationalsozialismus eine Selbstverständlichkeit. Aber auch hier sollen unter Vermeidung von Härten Fehler früherer Zeiten beseitigt werden. Das gewaltige Anschwellen der Fürsorgelasten in den letzten Jahren war nicht nur auf die Zunahme der zu betreuenden Fälle, sondern auf eine unverantwortliche und nicht einmal im Interesse des Betreuten liegende Verschwendung zurückzuführen. In vielen Anstalten fanden sich die Fürsorgepfleglinge in einer Umgebung versetzt, die mit dem von Haus aus Gewohnten nicht in Einklang zu bringen war.kehrten die Pflegelinge, z. B. Krüppel nach vollendeter Berufsausbildung, in ihre Heimat zurück, so fanden sie sich selten in die wesentlich beschwerlicheren Verhältnisse hinein. Ein übertriebener Pflege luxus wurde ihnen so zum Verhängnis.

Die Betreuung der heute lebenden körperlich oder geistig Minderwertigen ist eine selbstverständliche soziale Pflicht. In gleichen sozialen Geist wird aber der Nationalsozialismus handeln, wenn er dem Bedürftigen eine Pflege angedeihen läßt, die mit den wirklichen Verhältnissen in Einklang steht und sie ihrer gewohnten Umgebung nicht entfremdet, sie nicht entwürzelt.

Katastrophe in dem Brünner Hotel „Europa“ hat ein neues Todesopfer gefordert. Einer der Schwerverletzten ist gestern gestorben. — Bei Nimes überschlug sich ein Verkehrsflugzeug im Augenblick der Landung. Ein Fahrgast kam ums Leben, ein anderer und der Pilot wurden leicht verletzt. — Die englische Kanalschwimmerin Mercedes Gleiche mußte den neuen Versuch einer Kanalarüberquerung wegen ungünstiger Wetterverhältnisse aufgeben. Sie war innerhalb 6 1/2 Stunden über 13 Kilometer weit geschwommen. — Drei Banditen entführten den bekannten Newyorker Sportveranstalter Mat Baszkowit. Die Entführer sandten einen Brief an den Bruder des Baszkowit, in dem sie 25 000 Dollar Lösegeld forderten. — In Newyork hält die Hitze ohne Ausblick auf Abkühlung weiter an. Bisher wurden 28 Todesopfer gemeldet. Die Zahl der Hitzschläge ist sehr groß. — Der in Oklahoma-Stadt entführte Delmagnat Charles F. Urschel wurde von seinen Entführern nach Zahlung von 75 000 Dollar Lösegeld wieder auf freien Fuß gesetzt.

Aus Württemberg

Vorstandssitzung der Württ. Landwirtschaftskammer

Der neu ernannte Vorstand der Württ. Landwirtschaftskammer hielt in Stuttgart seine erste Sitzung ab. Vor der Sitzung fand eine schlichte Feier statt, bei der Präsident Arnold und Vizepräsident Kohler die Beamten und Angestellten mit eintrübselvoll Worten begrüßten. Bei Beginn der Vorstandssitzung wurde von Präsident Arnold darauf hingewiesen, daß dem neuen Vorstand bis auf weiteres auch die Aufgaben der seitherigen Mitgliederversammlung durch Gesetz übertragen wurden. Anschließend machte er verschiedene Mitteilungen über den von der Reichsführung geplanten Aufbau der landwirtschaftlichen Organisationen. Der Landwirtschaftskammer soll neu zugewiesen werden: Pferde- und Rinderzucht, Weinbau und das landw. Fachschulwesen. Der bei der Landeskrebsanstalt angegliederte Württ. Landfriedlung G. m. b. H. soll eine erweiterte Siebungsmöglichkeit auch in Norddeutschland geschaffen werden. Der Vorstand befaßte sich sodann mit dem Geschäftsbereich für das Jahr 1932, mit den Rechnungsergebnissen des Jahres 1931/32, wobei die Rechnung anerkannt und dem Rechner Entlastung erteilt wurde, sowie mit dem Haushaltsplan für das Jahr 1933. Der Umlagesatz für 100 A. Grundsteuerkapital wurde auf 60 Pf. herabgesetzt. Er betrug in früheren Jahren 80 Pf. und ist im Jahre 1931 auf 72, im Jahre 1932 auf 68 und in diesem Jahr auf 60 Pf., also insgesamt um 25 Prozent gesenkt worden. Württemberg hat damit unter anderen gleichartigen Landwirtschaftskammern weitaus den niedrigsten Umlagesatz. Auf die Fläche umgerechnet beträgt die Umlage im Durchschnitt für den Württ. Morgen kaum 10 Pf. Durch die Herabsetzung der Umlage waren eine Reihe von Streichungen bei einzelnen Haushaltpositionen nötig. Hierauf wurde der Haushaltsplan vom Vorstand genehmigt.

Am 1. August wird bei der Landwirtschaftskammer in derselben Weise wie bei den staatlichen Behörden versuchsweise

für das Winterhalbjahr (bis 31. März 1934) die Durcharbeitszeit eingeführt. Der Vorstand hat beschlossen, eine Zusammenfassung des landwirtschaftlichen Referats bei der Landwirtschaftskammer anzustreben. Den bisherigen Mitgliedern der Landwirtschaftskammer wurde der Dank für ihre Tätigkeit ausgesprochen. — Der neue Vorstand ist sich bewußt, daß er auf der vorhandenen Grundlage aufbauen kann.

Der neue Württ. Gemeindegag

Die Geschäftsstelle des Württ. Gemeindegags hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Der neue Württ. Gemeindegag faßt in sich die Aufgaben des Württ. Städtetags e. V., des Württ. Gemeindegags e. V. und des Landesverbandes württ. Amtskörperschaften e. V. zusammen. In allen Angelegenheiten, die bisher von diesen drei Organisationen wahrgenommen worden sind, ist daher künftig der Schriftverkehr an den „Württ. Gemeindegag“, Stuttgart-N., Panoramastraße 33, zu richten. Vorsitzender des neuen Württ. Gemeindegags ist Oberbürgermeister Dr. Strölin, Geschäftsführer ist Verbandsdirektor Schmid.

Fahrgeldermäßigung bei Kraftpostfahrten von Kindern nach und von Landpflegestellen

Die Deutsche Reichspost gewährt von jetzt an Kindern, die von der Reichszentrale Landausenthalt für Stadtfinder e. V. und von den ihr angeschlossenen Behörden und Wohlfahrtsvereinigungen zur Erholung in Landpflegestellen untergebracht werden, bei der Hinfahrt mit Kraftposten zu den Landpflegestellen und ebenso bei der Rückfahrt eine Ermäßigung von 50 v. H. auf das Regelfahrgeld für Erwachsene. Den Begleitern der Kinder steht dieselbe Fahrgeldermäßigung zu. Die Vergünstigung wird ferner auch bei Einzelfahrten der Kinder und Begleiter nach oder von Kindersammelorten, in Krankheitsfällen, bei Rückfahrten der Begleiter usw. zugestanden. Die Kinder und die Begleiter müssen sich wie bei Reisen mit der Reichsbahn in bestimmter Weise ausweisen.

Bei nationalen Kundgebunden

wird vielfach ein gewisser Mangel in Dingen der äußeren Form beobachtet, der oft geeignet ist, zu Mißdeutungen oder gar Mißbilligungen Anlaß zu geben. Es muß für jeden Teilnehmer an einer nationalen Veranstaltung eine Selbstverständlichkeit sein, beim Singen des Deutschland- und Horst-Wessel-Liedes die Kopfbedeckung abzunehmen, sowie den rechten Arm bei sämtlichen Versen der Nationalhymne und beim 1. und 4. Verse des Horst-Wessel-Liedes zu erheben. Ein weiterer Punkt, über den vielfach noch Unklarheit herrscht, ist das Erheben der Fahnen. Es erfolgt durch Abnehmen der Kopfbedeckung oder Erheben des rechten Armes. Der „Reichsgruß“, d. h. das Grüßen mit emporgerecktem rechten Arm soll die Verbundenheit des ganzen deutschen Volkes mit dem nationalsozialistischen Staate und seinem Führer bezeugen.

Aus Stadt und Land

Calw, den 4. August 1933.

Nachdruck eigener Berichte nur mit Quellenangabe gestattet.

Personliches

Diplom-Wirtschaftler Ernst Dieterich in Calw hat das Examen in Wirtschaftswissenschaft mit „Gut“ bestanden.

Pflichttunng der Gipser und Stukkateure

In unserem Bericht über die in Nagold stattgehabte Gründung einer Pflichttunng der Gipser und Stukkateure für die Oberamtsbezirke Calw und Nagold wurde der Tarif und den Lohn mit 63 Pf. angegeben. Hierzu ist festzustellen, daß dieser Satz nur für Nagold gilt. In Calw beträgt der Tarifstundenlohn 69 Pf. Der Unterschied ist auf die verschiedene Lohnklasseneinstufung der genannten Städte zurückzuführen.

Eröffnung der Gauführerschule in Nötenbach bei Nagold

Die nationalsozialistische Bewegung ist heute der Staat geworden, und ihre führenden Männer leiten die Geschichte Deutschlands. Das setzt voraus, daß der Führerstamm der Bewegung für die neuen Aufgaben geschult wird. Diesem Zweck dient die neue Amtswalterschule in Nötenbach. Hier versammelte sich am Mittwochnachmittag die Führerschaft des Gaues Württemberg, um die Eröffnung der Gauführerschule vorzunehmen. Die Stadt Nagold prägte aus diesem Anlaß in Flaggen und viele Zuschauer waren zum Erholungshaus Nötenbach unterwegs, das prächtig inmitten von Schwarzwaldbäumen gelegen ist. In Reich und Glied waren die Amtswalter angetreten, als Reichsstatthalter Murr, von einem schneidigen Marsch der Standardkapelle begrüßt, in Begleitung der Minister Schmidt und Behnig sowie Dr. Ströblins u. a. erschien. Vertreter der Reichswehr und der Polizei, der SA, SS, HJ, und des Stahlhelms waren anwesend. Der Leiter der Schule, Sportkommissar Pg. Dr. Klett, begrüßte die Erschienenen und sprach über Sinn und Zweck der Schule. Ihm folgte der stellvertretende Gauleiter Fr. Schmidt, der u. a. ausführte, daß diese Schule die nationalsozialistische Hochschule Württembergs werden müsse. Die Kapelle spielte eine schneidige Weise, das Deutschlandlied wurde gesungen. Dann eröffnete Reichsstatthalter Murr die Gauführerschule mit einer kurzen Ansprache. Die Hauptaufgabe dieser Schule, so sagte er, ist es, die deutsche Gesinnung zu pflegen und hinauszutragen. Ein feierlicher Augenblick war es, als Reichsstatthalter Murr die Gauführerschule weihte. Das Horn-Wesfel-Ried erklang, gefolgt von einem dreifachen Heil auf den Führer, und der Eröffnungssatz war abgeschlossen. Anschließend fand im Löwenstalle eine Tagung sämtlicher Kreisleiter statt.

Wetter für Samstag und Sonntag

Hochdruck über Mitteleuropa läßt für Samstag und Sonntag vorwiegend heiteres und trockenes Wetter erwarten. — Temperatur im Freibad Stammheim 22°.

CEB. Pforzheim, 3. Aug. Ein 19jähriger Lehrling aus Aiel war in einer hiesigen Gaststätte, wo er sich ausbilden lassen wollte, wegen Ungeeignetheit entlassen worden. Daraufhin kleidete er sich an und ging kurz entschlossen dem Kupferhammer zu, wo er sich erhob.

CEB. Juffenhäuser, 3. Aug. In der Nacht zum Mittwoch wurden zwei Falschmünzer festgenommen, die in primitiver Weise falsche 50-Pfennigstücke hergestellt hatten. Sie hatten sich durch das unvorsichtige Ausgeben des Falschgeldes, das durch die Herstellung in Gießformen ein auffallendes Aussehen hatte, verraten. Bei der Durchsuchung der Wohnung fand man unter dem Stubenboden das Herstellungsmaterial.

CEB. Tütlingen, 3. Aug. Gestern vormittag wurden in verschiedenen Betrieben kommunistische Flugblätter aufbeherischung Inhabes verbreitet. Bei der nachfolgenden großen Razzia durch Polizei, SS, und SA, wurden 15 verdächtige Kommunisten verhaftet und auf den Heuberg befördert.

CEB. Ravensburg, 3. Aug. Ein furchtbares Unglück ereignete sich heute vormittag in Oberhofen bei Ravensburg. Die 52 Jahre alte Maniermeistersehefrau Pauline Nachbauer, Mutter von 12 Kindern, wurde von einem Ravensburger Personenkraftwagen überfahren und getötet.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse

CEB. Stuttgart, 3. Aug. Bei sehr geringem Geschäft zeigte sich die Börse etwas fester als in den letzten Tagen.

Stuttgarter Schlachtviehmarkt

Dem Donnerstagsmarkt am Städt. Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 3 (unverkauft 2) Ochsen, 10 (5) Bullen, 56 (10) Jungbullen, 3 Kühe, 14 Färsen, 150 Kälber, 379 Schweine.

Preise für 1 Pfund Lebendgewicht:

	1. 8. Pfg.	3. 8. Pfg.		1. 8. Pfg.	3. 8. Pfg.
Ochsen:			Kühe:		
ausgemästet . . .	25-28	—	fleischig	13-16	—
vollfleischig . . .	24-26	—	geringgenährte . .	9-11	—
fleischig	22-23	—	Kälber:		
Bullen:			feinste Mast- und		
ausgemästet . . .	24-26	24-25	beste Saughälber	34-37	34-38
vollfleischig . . .	23-24	22-24	mittl. Mast- und	26-32	26-32
fleischig	22-23	21-22	gute Saughälber	22-25	23-25
Sungründer:			geringe Kälber . .		
ausgemästet . . .	28-30	28-30	Schweine:		
vollfleischig . . .	25-27	25-27	über 300 Pfd. . . .	38-39	41-42
fleischig	22-24	—	240-300 Pfd. . . .	38-39	42-43
geringgenährte . .	—	—	200-240 Pfd. . . .	39	43
Kühe:			160-200 Pfd. . . .	37-38	39-42
ausgemästet . . .	—	—	120-160 Pfd. . . .	35-36	37-38
vollfleischig . . .	18-23	—	unter 120 Pfd. . .	—	—
			Sauen	27-30	—

Marktverlauf: Großvieh schleppend, Kälber langsam, Schweine befebt bei wiederholt schwacher Zufuhr.

Fleischpreise am Stuttgarter Fleischmarkt für 1 Pfund Frischfleisch: Barrenfleisch 36-43 (36-44), Rindfleisch Rindviertel fett 50-55 (48-54), mittel 45-48 (44-47), gering 40 bis 43 (40-42), Ruchfleisch 25-30 (25-26), Kälber (mit Innereien) 50-57 (50-62), Schweine 58-63 (55-66) Pf.

Stuttgarter Kartoffelmarkt

Auf dem Kartoffelmarkt am Leonhardplatz betrug die Zufuhr 100 Str. Preis 2,20-2,40 RM. für 1 Str.

Weiderräder Marktbericht

Zufuhr: 210 Stück Milchschweine. Preis: 18-33 RM für das Paar. Handel gedrückt. Preise schwankend.

Aufhebung des Handels mit Bäumen und Sträuchern auf Märkten

Nach dem Reichsgesetz vom 13. Juli d. J. gehören die

bewurzelten Bäume und Sträucher nicht mehr zu den Gegenständen des Wochenmarktverkehrs. Damit ist endlich der Handel mit Obstbäumen und -sträuchern auf den Wochenmärkten verboten, was gewiss von allen Obstzüchtern, denen die Förderung des Obstbaues am Herzen liegt, begrüßt wird.

Verbilligter Zucker für die neue Obsternte

Die Fachschaft „Obstkonfitüren, Marmeladen und Pfannkuchen“ des Reichsverbandes der deutschen Obst- und Gemüseverwertungsindustrie hat in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft einem Antrag, ein Kontingent von 500 000 Zentner verbilligten Zuckers für die Obstverwertungsindustrie zur Verfügung zu stellen, nicht Folge geleistet habe. Der Absatz der neuen Obsternte werde ohne eine Zuckerverbilligungsaktion ernstlich gefährdet. Wie wir hören, hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft sich beim Reichsfinanzministerium für die Durchführung einer Verbilligungsaktion für Zucker eingesetzt.

Japan macht immer mehr Konkurrenz auf dem Weltmarkt

Durch die 50prozentige Dezentwertung, durch die beispiellos niederen Löhne und die lange Arbeitszeit, die dem bedürfnislosen, meist von Reis sich ernährenden Japaner ohne Bedenken und politische Folgen zugemutet werden darf, ist Japan imstande, fast alle Konkurrenz der Welt zu schlagen. Es gefährdet insbesondere die amerikanische Wirtschaft, aber auch in Europa macht sich billiges japanisches Angebot bemerkbar. So werden beispielsweise auf dem holländischen Markt Glühbirnen aus Japan zu 28 Cents oder 5 Pfennig angeboten — der holländische Preis beträgt regulär 30 Pfennig —; in Niederländisch-Indien bietet Japan komplette Fahrräder für 7 Gulden oder 12 Mark an. Auch Kunstseide und Nöhren werden zu enorm billigen Preisen auf dem Kontinent angeboten.

Kirchliche Nachrichten

Evang. Gottesdienste

8. Sonntag n. d. Dreieinigkeitsfest, 6. August. Turmlied: 37, O Gott du frommer Gott. 8 Uhr Frühgottesdienst. Dreher. 9.30 Uhr Hauptgottesdienst. Herrmann. Amtseinführung des neuen Kirchengemeinderats. Anfangslied: 33, Gott der Vater wohn uns bei. Chorgesang. 11 Uhr Christenlehre, Söhne 1. Bezirk, Herrmann.

Montag, 7. Aug., 6 Uhr morgens Erntedankfest.

Kathol. Gottesdienste

Sonntag, den 6. Aug. 8 Uhr Frühmesse und Ansprache. — 9.30 Uhr Predigt und Hochamt. — 1.30 Uhr Andacht. Montag, 8 Uhr Gottesdienst in Bad Liebenzell. Mittwoch, 9.30 Uhr Gottesdienst in Bad Teinach. Beichtgelegenheit: Freitag, 6-7 Uhr; Samstag, 4-6 Uhr; Sonntag, 6-8 Uhr.

Kirchenanzeigen der Methodistengemeinde

Sonntag, den 6. Aug. Calw: Sonntag, 9.30 Uhr und 20 Uhr Predigt. 11 Uhr Sonntagschule. — Mittwoch: 20.15 Uhr Bibelstunde. Stammheim: Sonntag, 9.30 Uhr Predigt. 13.30 Uhr Jugendbund. — Mittwoch, 20.30 Uhr Bibelstunde. Derslochbach: Sonntag, 9.30 Uhr Predigt. — Dienstag, 20.30 Uhr Bibelstunde.

Nur bleibt einzig

ATA

Jede für jede Arbeit

ganz in einem =
Tasche!

ATA putzt und reinigt alles

Sonderverkauf

Nur heute und morgen, solange Vorrat reicht:

10 Emmentaler am Saft

frisch eingetr.

100 g nur 25 Pfg.

Käse-Baur, Leberstraße 22

Neuhengstett — Möttingen

Hochzeitsfeier

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Sonntag, den 6. August 1933, im Gasthaus zum „Hirsch“ in Neuhengstett stattfindenden

Hochzeitsfeier

freundlichst einzuladen.

Emil Olpp
Tapeziermeister, Neuhengstett

Emma Graze
Tochter des + Christoph Graze
Rehgermeister in Möttingen

Kirchgang 11 Uhr in Neuhengstett.

WILDBADER SPRUDEL

Vertr.: E. Nafz, z. Bad. Hof

Sahrräder

in allen Preislagen
große Auswahl
Reparaturen
Ersatzteile

Chr. Widmaier, Tel. 308

Bestellen Sie das Calwer Tagblatt!

Jahreskonferenz

Sonntag, 6. August, nachm. 1/8 Uhr im Vereinshaus in Calw.

Leitung: Evangelist Röder, Korntal.

Hierzu ladet herzlich ein Die altprotestantische Gemeinschaft Calw.

D. H. V.

heute

Monatsversammlung im Bürgerstübli.

Der Vorstand.

Sommer-sprossen!

frisch vorbel durch Sooh

Das neue garantiert hellere Müllel durch geenen Pickel. Müllener welche ralt.

Carl Reichert an der Brück.

Wenn Sie eine

Schwarzwald-Rundfahrt

machen wollen, dann rufen Sie bitte

Nr. 591 (Thomma)
Georg Holz
Autovermietung, Hirsau

Bettlade mit Patentrost
Bettlade mit Rost
Waschtischle
Spiegel

billig zu verkaufen

Bahnhofstraße 13

In meinem Hause Bischofstraße 4 habe ich eine

Wohnung

mit 5-6 Zimmern nebst Bad

bis 1. Oktober zu vermieten.

Heinr. Kühle.

Suche einen kleinen geb.

Rüchheherd

Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Sommer-sprossen

werden, wenn alles versagt unter Garantie durch Stärke

Venus B

beseitigt M. 160.275

Gegen Pickel, Müllener Stärke

Ritter-Drog., Bahnhofstr. 19

Brennessel- und Birkenhaarwasser

für Haare und Haarboden

Flasche Mk. 1.35 bei

K. Otto Vinçon, Calw

Heute Freitag und morgen Samstag

die 2 letzten Tage des

Saisonschluß-Verkaufs

Krüger & Wolff

Das große Spezialhaus für Damenkonfektion